

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Räsdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, des Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags nachmittags. — Bezugspreis: 375,— M. monatlich frei ins Haus. Der gleiche Preis gilt auch für unsere Postbezieher. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 15,— M.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Grundzeile wird mit 20,— M., für auswärtige Besteller mit 30,— M. berechnet. Im Resten und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 45,— M., für Auswärtige 65,— M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckanschluß: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 300.

Donnerstag, den 28. Dezember 1922

72. Jahrgang.

## Beseitigung von Mängeln in der Gaszuführung.

Unsere Abnehmer von Gas werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Störungen in der Abgabe von Gas ihre Wahrnehmungen rechtzeitig bei der Betriebsleitung des Gaswerks in der Stauhauserstraße zu melden, um die Mängel baldigst beseitigen zu können. Nur dadurch ist es möglich, die Konsumenten vor Nachteilen zu schützen und die wirklichen Ursachen der Störung festzustellen. Lichtenstein-Callnberg, am 28. Dezember 1922. Der Stadtrat. — Städtisches Gaswerk.

## Mehl- und Brotpreise.

Die Mehl- und Brotpreise werden ab Freitag den 29. Dezember 1922, mit Beseitigung von Nachb. R. an wie folgt festgesetzt:

A. Mehlpreise.	
a) Großhandelspreis:	
für 1 dz. 85%igen Brot- oder Weizenmehl	frei Bäder 15900 Mk.
b) Kleinhandelspreis:	
1 Vfd. Weizen- oder Roggenmehl	100 Mk.
95 Gr.	19 "
115 Gr.	23 "
B. Gebäckpreise.	
1 Pfund Schwarzbrot	76,50 "
1900 Gr.	291,— "
1/2 Vfd. Weizengebäck (1 Doppelbrötchen)	20,50 "
150 Gr.	24,50 "

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden nach genanntem Gesetz bestraft. Die Bekanntmachungen vom 27./11. und 14./12. 1922 werden aufgehoben. — Nr. 65 M. — Bezirksverband Glauchau, den 27./12. 1922.

## Kurze wichtige Nachrichten.

- \* Der ehemalige griechische Gesandte in Konstantinopel, Kanelopoulos, ist zum Gesandten in Berlin ernannt worden.
- \* Das bayerische Justizministerium hat zur Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums einen Erlaß herausgegeben, der allen Staatsanwälten neuerlich ein entschiedenes und tatkräftiges Eingreifen gegen die Verschlebung lebenswichtiger Gegenstände in das Ausland und gegen die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs in der Absicht der Preistreiberi zur besonderen Pflicht macht.
- \* Der Führer der sonderbündlerischen republikanischen Volksgemeinschaft, Raffine, wurde gestern in Ems von den Amerikanern verhaftet, weil er in Radenbach eine öffentliche Versammlung abgehalten hatte, die bei der französischen Anstalt bei der amerikanischen Besatzungsbehörde angemeldet war, obwohl Radenbach zu der amerikanischen Besatzungszone gehört.
- \* Die Konferenz von Lausanne nahm gestern nachmittag ihre Arbeiten wieder auf.
- \* Die Unfähigkeit in ganz Irland hat die neue irische Regierung veranlaßt, zum Schutz der Eisenbahnen und der kleinen Ortschaften ein System von Blockhäusern einzurichten, die mit kleinen, gut bewaffneten Truppenabteilungen besetzt werden sollen.
- \* Nach einer Meldung aus Wellington wurde am Montag nachmittag in Neuseeland ein anhaltendes Erdbeben verspürt. Man befürchtet, daß in den Landbezirken viel Schaden verursacht worden ist.

## Vor kommenden Dingen.

Als am 11. Dezember die aussichtslosen Verhandlungen in der Downingstreet abgebrochen worden, erhielt die Welt davon Kenntnis durch eine Mitteilung, an der jedes Wort sorgsam abgewogen war und die im Hauptpaßus also lautet: „Es war den alliierten Ministerpräsidenten in Anbetracht der Kürze der Zeit, über die sie verfügten, nicht

möglich, die ersten Probleme der Reparation und der interalliierten Schulden zu einer definitiven Lösung zu führen. Es würde unter diesen Umständen beschlossen, die Aussprache zwischen den Regierungshauptern in Paris am 2. Januar des neuen Jahres fortzusetzen.“

Bertinax, der sich auf eine anerkennenswerte Weise bemüht, die Gedanken seines Herrn und Meisters Poincaré zu verbergen, schrieb dieser Tage zum dritten Mal: „Die Zeit arbeitet für Deutschland!“

Wäre dies wahr, so müßten die Franzosen ihren Ministerpräsidenten des Hochverrates zeihen. Denn Poincaré gab nach seiner Rückkehr aus London offen zu, daß die Vertagung der Konferenz einen Erfolg der französischen Politik darstelle.

Jeder Unbefangene mußte aus dieser Vertagung schließen, daß die verbündeten Regierungen sich nun mit allem Eifer daransetzten, nützliche Vorträge im Verein mit Deutschland für die definitive Aussprache in Paris zu stellen. Ich habe mich bemüht, in die Geheimnisse der offiziellen Politik einzudringen und fasse das positive Ergebnis kurz zusammen:

Vor vier Tagen war der francofreundliche englische Minister Lord Derby in Paris und hatte eine Aussprache mit Poincaré. Die Journalisten schlossen daraus, daß ein französisch-englisches Einvernehmen unmittelbar bevorstehend sei. Der Quai d'Orsay dementierte dies und fügte erklärend hinzu, daß „die Besprechungen sich nur auf die allgemeinen Richtlinien einer zukünftigen Reparationspolitik erstreckten“. Mit anderen Worten: Frankreich hält an seiner Auffassung fest, England an der seinigen. Und alles bleibt beim alten. Einige Tage vor Lord Derby war der französische Botschafter in London, de Saint-Aulaire, nach Paris gekommen und sprach mehrere Male im Auswärtigen Amt vor. Raum nach London zurückgekehrt, suchte er sofort den Stellvertreter von Lord Curzon, Sir Hyde Cress, Ersten Staatssekretär am Auswärtigen Amt, auf und teilte ihm die Ansicht der französischen Regierung in der Reparationsfrage mit. Wie ich aus bester Quelle vernahm, konnte auch er nur darauf hinweisen, daß die Antwort Poincarés auf jeglichem Vorschlag, wie gestaltet er auch immer sein möge, nicht anders lauten könne, als die in London gegebene: „Rein Negatorium ohne Pfänder!“

Nutz vor Weimarn trafen einige amerikanische Anfragen in Paris ein, die, wie man zu verstehen gab, von der Regierung selbst gestellt waren. Sie betrafen die Leistungsfähigkeit Deutschlands und deren neuerliche Prüfung mit allgemeinen bindenden Schlussfolgerungen sowie die Natur der Hypothek, die Frankreich behauptet auf dem deutschen Nationalvermögen zu besitzen. In beiden Punkten erfolgte eine prompte Antwort: Die Finanzlage Frankreichs und die Not der kriegszerstörten Gebiete erfordern rasche Hilfe, die Deutschland bei gutem Willen wohl zu leisten in der Lage sei; was die Hypothek angeht, so müsse Frankreich unter allen Umständen daran festhalten bis zu dem Augenblicke, wo ihm anderweitige Garantien für seine Sicherheit und seine Forderungen zugebilligt würden.

So sehen, kurz zusammengefaßt, die Dinge aus, die in der letzten Woche auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu tiefgehenden Folgen führten. Fragt man, welche Wegtritte seit dem Schluß der Londoner Konferenz in der Richtung einer endgültigen Regelung der schwelenden Fragen zurückgelegt wurde, so muß die Antwort lauten: Keine! Wir sind genau soweit wie am 11. Dezember. Das heißt, wir stehen an dem Punkte, wo es überhaupt kein Vorwärts mehr gibt. Poincaré hat feste Verpflichtungen eingegangen, die er unter keinen Umständen brechen will. Er muß am 15. Januar Gewaltmaßregeln gegen Deutschland ergreifen. Die Konferenz am 2. Januar ist nichts als eine reine Formsache, die ebensowenig wie die Londoner Besprechung ein Ergebnis haben kann. Die einzige Hoffnung, die überhaupt bestand, gründete sich auf einen amerikanischen Druck, der in der letzten Woche auch erfolgte, aber als durchaus ungenügend sich erwies. Es scheint, daß das Schicksal sich erfüllen muß. Oder dürfen wir noch auf Wunder hoffen? Auf einen vollständigen Umschwung der französischen Politik?

„Dr. A.“

## Vorwand für Sanktionen.

Paris, 27. Dezember. Die Reparationskommission stellte in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig fest, daß Deutschland die für 1922 vorgesehenen Holzlieferungen nicht vollständig ausgeführt hat. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit,

gegen die eine Stimme des englischen Delegierten, daß diese Nichtausführung eine Verfehlung im Sinne des § 17 Annex 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrags von Versailles darstelle. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit, bei Stimmnenthaltung des englischen Delegierten ferner, die alliierten Regierungen an die Bestimmung der Reparationsnote vom 21. März zu erinnern, wonach Deutschland, wenn es innerhalb der geforderten Grenzen die Sachlieferungen nicht zur Ausführung bringt, am Schluß des Jahres 1922 gehalten sein soll, entsprechende Zahlungslösungen in bar zu leisten.

## Wildes Geketz in Paris.

Paris, 27. Dezember. Die gesamte Abendpresse billigt den Beschluß der Reparationskommission. „Temps“ schreibt: Die Verfehlung Deutschlands, die von der französischen Regierung angekündigt wurde, ist nunmehr von der Reparationskommission bestätigt. Poincaré, der immer eine gemeinsame Aktion einem kollierten Vorgehen Frankreichs vorziehen wird, der aber auch nicht darauf verzichten kann, zu handeln, wird den anderen alliierten Regierungen sofort bei Eröffnung der Konferenz in Paris die Maßnahmen zur Kenntnis bringen, die er anzuwenden gedenkt.

## Deutsches Reich

### Ungeklärte Lage.

Berlin. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen sind während der Feiertage zum Abschluß gelangt. Die Beratungen werden jetzt noch innerhalb des Kabinetts fortgesetzt. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt. Ob die Regierung ihre Vorschläge nun sofort in Paris überreicht, oder dies in anderer Form tut, steht noch nicht fest. Die Schritte, welche die Regierung tun wird, hängen nach den Wendebildern von der Entwicklung der Lage ab. Es wird betont, daß ein ganz kleiner Kreis von Mitgliedern der Regierung mit den entscheidenden Entschlüssen beauftragt worden sei.

### Frassati abberufen.

Der bisherige italienische Botschafter Frassati ist von Berlin abberufen worden. Er hat Berlin verlassen; die Geschäfte der Botschaft werden bis auf weiteres vom Botschaftsrat Guarnieri geführt. — Senator Alfredo Frassati, war schon vor seinem Amtsantritt durch seine publizistische Tätigkeit eine in Deutschland wohlbekannte und geschätzte Persönlichkeit. Als Botschafter hat er stets Verständnis für die besondere Lage Deutschlands gezeigt und sich bemüht, für eine Annäherung der beiden Länder zu wirken. Sein Nachfolger Graf Bosdari wird voraussichtlich bald in Berlin eintreffen.

### Die französischen Waffenschiffe.

Am letzten Sonnabend vor dem Feste trafen bei dem Polizeipräsidenten in Hamburg eine Entente-Kommission, die aus französischen, englischen und belgischen Offizieren bestand. Sie folgt dem Polizeipräsidenten an, daß sofort eine Durchsuchung der lazierten Räume der Ordnungspolizei in Hamburg und Wandsbeck vorzunehmen sei. Die eingehende Untersuchung der Räume förderte keinerlei belastende Material zutage. Auf Ersuchen der französischen Mitglieder der Kommission mußte sogar eine Decke aufgebrochen werden.

### Die deutschen Vermögen in Amerika.

Ueber die Rückerstattung deutscher Vermögen in den Vereinigten Staaten wird mitgeteilt: Wie die Concord Finance Corporation, Vertrauensstelle des Bundes der Auslandsdeutschen, in den Vereinigten Staaten mitteilt, wurde in Ergänzung der Winslow-Bill über die Freigabe der Werte bis zu 10000 Dollars von dem Abgeordneten Sabath eine Resolution im Repräsentantenhaufe eingebracht. Während der Inhalt der neuen Vorlage seinem wesentlichen Wortlaut nach mit der Winslow-Bill voll und ganz übereinstimmt, und ebenfalls ein: Rückerstattung der Werte bis zu 10000 Dollars befürwortet, geht er in einigen Punkten über den ursprünglichen Antrag hinaus und befürwortet insbesondere die Rückerstattung desjenigen Eigentums, das den Deutschen und Oesterreichern zusteht, die vor dem Krieg ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten hatten und zurzeit haben. Die Begründung der Winslow-Resolution wird in der Sa-